



20. NOVEMBER 1948 APPELL ZU KOMMUNALWAHLEN VON DR. KONRAD ADENAUER

Das politische Leben des deutschen Volkes in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 war wesentlich dadurch bestimmt, dass auf allen Gebieten der Verwaltung die Besatzungsmächte einen bis ins einzelne gehenden Einfluß ausübten. Damit war das deutsche Volk Objekt und nicht Herr seiner politischen Entscheidung. Parteienüberdruß und Wahlmüdigkeit waren das notwendige Ergebnis dieser Situation. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders.

Zwar ist dem deutschen Volke die volle Souveränität noch nicht zurückgegeben worden; auch das Besatzungsstatut, das wir fordern, wird noch erhebliche Einschränkungen enthalten. Und doch stehen wir in einer Wende des deutschen politischen Lebens. Das deutsche Volk, wenigstens in den drei Westzonen, ist auf entscheidenden Gebieten wieder Herr seines Geschickes geworden. So war ihm nach der Währungsreform die Wahl gelassen, ob es das bisherige System der Zwangswirtschaft fortsetzen oder einen neuen Weg beschreiten wollte.

Die CDU hat den Mut gehabt, dem Volk auf einer neuen Bahn voranzugehen. Sie hat damit eine Entscheidung von eminent praktischer Bedeutung getroffen, eine Entscheidung die in das Leben eines jeden von uns tief eingreift. Um diese Entscheidung, darüber müssen wir uns klar sein, wird auch bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 28. November gerungen. Darum darf es keinen Parteienüberdruß und keine Wahlmüdigkeit mehr geben. Jeder Wähler übt mit seinem Stimmzettel praktische Politik aus und gestaltet damit sein und seines Volkes Schicksal.

Auch den Kreis- und Gemeindewahlen kommt die Bedeutung einer Grundsatzentscheidung zu, die sich auf allen Lebensgebieten auswirken wird, denn die Entscheidung über den Charakter unserer Wirtschaft bedeutet zugleich Entscheidung über Form und Inhalt unserer Staatsführung überhaupt. Das ganze Staatswesen bildet eine Einheit; das Prinzip, welches in dem einem Gebiet des Staatslebens statuiert wird, muss sich auch in allen anderen durchsetzen. So liegen etwa Zwangswirtschaft und Zwangseinheitsschule auf einer Ebene, ebenso wie freie, sozial gebundene Wirtschaft und freies Elternrecht in der Erziehung nur zwei Seiten ein- und desselben Prinzipes sind.

Die CDU hat die im Naturrecht begründete und in der christlichen Nächstenliebe sozial verankerte Freiheit der menschlichen Persönlich-

keit auf ihre Fahne geschrieben. Noch hat sich diese bis jetzt nicht in vollem Umfange entfalten können. Wer wollte aber die Fesseln neuer knechtischer Gebundenheit dem Banner der Freiheit vorziehen?

Quelle: Neues Tageblatt vom 20. November 1948.